

Meinungen zum Krieg in der Ukraine

Siebte Erhebungswelle

forsa. Gesellschaft für
Sozialforschung und
statistische Analysen mbH

Gutenbergstraße 2
10587 Berlin

Telefon 030 62882-0

E-Mail info@forsa.de

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung.....	3
1 Sorgen in Bezug auf die Energieversorgung.....	4
2 Getroffene Vorkehrungen in Bezug auf die Energieversorgung.....	7
3 Informationsstand.....	9
4 Zufriedenheit mit dem Krisenmanagement der Bundesregierung.....	11

Vorbemerkung

Im Auftrag des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe hat forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH zum siebten Mal eine repräsentative Bevölkerungsbefragung zum Krieg in der Ukraine durchgeführt. In der aktuellen Erhebung steht insbesondere das Thema „Energieversorgung“ im Mittelpunkt.

Im Rahmen der siebten Erhebungswelle wurden insgesamt 1.002 nach einem systematischen Zufallsverfahren ausgewählte Personen ab 18 Jahren in Deutschland befragt.

Die Erhebung wurde vom 8. bis 12. September 2022 im Rahmen der bevölkerungsrepräsentativen Mehrthemenbefragung forsa.omniTel® durchgeführt.

Die ermittelten Ergebnisse können mit den bei allen Stichprobenerhebungen möglichen Fehlertoleranzen (im vorliegenden Fall +/- 3 Prozentpunkte) auf die Grundgesamtheit übertragen werden.

Die Untersuchungsergebnisse werden im nachfolgenden Ergebnisbericht vorgestellt.

1 Sorgen in Bezug auf die Energieversorgung

In der aktuellen Erhebung wurden die Bürgerinnen und Bürger zunächst um eine Einschätzung gebeten, welche der jeweiligen Aspekte ihnen in Bezug auf die Energieversorgung Sorge bereiten.

Die am stärksten ausgeprägte Sorge der Befragten ist, dass angesichts der gestiegenen Energiepreise die soziale Ungleichheit in Deutschland zunimmt (85 %). Dahinter folgt die Sorge, dass die angespannte Situation in Bezug auf die Energieversorgung bis in das nächste Jahr andauert (76 %).

Knapp die Hälfte (47 %) der Bürgerinnen und Bürger zeigt sich darüber besorgt, dass die gestiegenen Energiepreise sie in finanzielle Schwierigkeiten bringen könnten.

Dass es in ihrem Haushalt zu Einschränkungen bei der Versorgung mit Gas (37 %) bzw. bei der Versorgung mit Strom (36 %) kommt, besorgt rund ein Drittel.

Am geringsten ausgeprägt ist unter den Befragten nach wie vor die Sorge, dass es zu Einschränkungen bei der Versorgung mit Lebensmitteln kommt (27 %).

Sorgen im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg I

In Bezug auf die Energieversorgung machen sich über die jeweiligen Dinge Sorgen

	sehr große %	große %	weniger große %	keine %
... dass die soziale Ungleichheit infolge der gestiegenen Energiepreise zunimmt	36	49	11	4
... dass die angespannte Situation in Bezug auf die Energieversorgung bis in das nächste Jahr andauert	24	52	17	6
... dass die gestiegenen Energiepreise sie in finanzielle Schwierigkeiten bringen	13	34	30	22
... dass es in ihrem Haushalt zu Einschränkungen bei der Versorgung mit Gas kommt	10	27	25	37
... dass es in ihrem Haushalt zu Einschränkungen bei der Versorgung mit Strom kommt	8	28	39	24
... dass es in Deutschland zu Einschränkungen bei der Versorgung mit Lebensmitteln kommt	7	20	45	28

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Befragte in Ostdeutschland äußern etwas häufiger Sorge darüber, dass die gestiegenen Energiepreise sie in finanzielle Schwierigkeiten bringen könnten und dass es in Deutschland zu Einschränkungen bei der Versorgung mit Lebensmitteln kommt.

Sorgen im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg II

Es machen sich (sehr) große Sorgen, dass ...	insgesamt	Ost	West	Männer	Frauen	18- bis 29-Jährige	30-bis 44-Jährige	45- bis 59-Jährige	60 Jahre und älter
	%	%	%	%	%	%	%	%	%
... die soziale Ungleichheit infolge der gestiegenen Energiepreise zunimmt	85	83	85	81	88	89	85	89	79
... die angespannte Situation in Bezug auf die Energieversorgung bis in das nächste Jahr andauert	76	75	77	72	80	82	74	78	74
... die gestiegenen Energiepreise sie in finanzielle Schwierigkeiten bringen	47	56	46	40	54	54	51	50	40
... es in ihrem Haushalt zu Einschränkungen bei der Versorgung mit Gas kommt	37	36	38	34	40	43	34	35	39
... es in ihrem Haushalt zu Einschränkungen bei der Versorgung mit Strom kommt	36	43	35	32	40	39	33	37	37
... es in Deutschland zu Einschränkungen bei der Versorgung mit Lebensmitteln kommt	27	37	25	23	31	25	24	24	32

Dass die gestiegenen Energiepreise sie in finanzielle Schwierigkeiten bringen könnten, befürchten zudem Befragten mit niedrigem und mittlerem Einkommen deutlich häufiger als Befragte mit höheren Einkommen.

Sorgen im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg III

Es machen sich (sehr) große Sorgen, dass ...	insgesamt	Hauptschule	mittlerer Abschluss	Abitur, Studium	Kinder im Haushalt:		Haushaltsnettoeinkommen (in Euro):		
					ja	nein	unter 2.500	2.500 bis unter 4.000	4.000 oder mehr
	%	%	%	%	%	%	%	%	%
... die soziale Ungleichheit infolge der gestiegenen Energiepreise zunimmt	85	86	84	85	89	83	82	87	86
... die angespannte Situation in Bezug auf die Energieversorgung bis in das nächste Jahr andauert	76	70	78	77	76	76	74	79	73
... die gestiegenen Energiepreise sie in finanzielle Schwierigkeiten bringen	47	55	59	39	49	48	63	53	29
... es in ihrem Haushalt zu Einschränkungen bei der Versorgung mit Gas kommt	37	33	40	36	35	38	42	39	32
... es in ihrem Haushalt zu Einschränkungen bei der Versorgung mit Strom kommt	36	45	39	32	34	37	39	40	26
... es in Deutschland zu Einschränkungen bei der Versorgung mit Lebensmitteln kommt	27	38	33	20	26	28	34	30	17

2 Getroffene Vorkehrungen in Bezug auf die Energieversorgung

Knapp die Hälfte (47 %) der Bürgerinnen und Bürger hat angesichts der möglichen Engpässe bei der Versorgung mit Gas bzw. Strom und den damit verbundenen Preissteigerungen bisher Geld für eventuelle Nachzahlungen zurückgelegt.

Ähnlich viele (42 %) haben Anschaffungen getätigt, um im Alltag Energie zu sparen, wie z.B. Duschsparköpfe oder energieeffiziente Geräte.

Rund jede/r Fünfte (17 %) hat bauliche Maßnahmen vorgenommen, um Energie zu sparen, wie z. B. den Einbau einer Wärmepumpe.

18 Prozent der Befragten haben andere Vorkehrungen angesichts möglicher Engpässe bei der Versorgung mit Gas bzw. Strom und den damit verbundenen Preissteigerungen getroffen.

Rund jede/r Vierte hat (noch) keine Vorkehrungen getroffen.

Bereits getroffene Vorkehrungen angesichts möglicher Versorgungsengpässe I

Die folgenden Vorkehrungen haben angesichts möglicher Engpässe bei der Versorgung mit Gas bzw. Strom und den damit verbundenen Preissteigerungen bisher getroffen:	insgesamt
	%
Zurücklegen von Geld für eventuelle Nachzahlungen	47
Anschaffungen, um im Alltag Energie zu sparen, wie z. B. Duschsparköpfe oder energieeffiziente Geräte	42
Bauliche Maßnahmen, um Energie zu sparen, wie z. B. den Einbau einer Wärmepumpe	17
Sonstiges	18
Nichts	24

Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

Befragte mit geringem und insbesondere mit mittlerem Einkommen geben häufiger als Befragte mit hohem Einkommen an, bereits Geld für eventuelle Nachzahlungen zurückgelegt zu haben.

Bauliche Maßnahmen, um Energie zu sparen, wie z.B. den Einbau einer Wärmepumpe haben überdurchschnittlich häufig Befragte mit höherem Haushaltsnettoeinkommen vorgenommen.

Bereits getroffene Vorkehrungen angesichts möglicher Versorgungsengpässe II

Die folgenden Vorkehrungen haben angesichts möglicher Engpässe bei der Versorgung mit Gas bzw. Strom und den damit verbundenen Preissteigerungen bisher getroffen:

	ins- gesamt	Haushaltsnettoeinkommen (in Euro):		
		unter 2.500	2.500 bis unter 4.000	4.000 oder mehr
	%	%	%	%
Zurücklegen von Geld für eventuelle Nachzahlungen	47	51	55	42
Anschaffungen, um im Alltag Energie zu sparen, wie z. B. Duschsparköpfe oder energieeffiziente Geräte	42	40	46	43
Bauliche Maßnahmen, um Energie zu sparen, wie z. B. den Einbau einer Wärmepumpe	17	9	15	28
Sonstiges	18	14	17	22
Nichts	24	26	21	20

Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

3 Informationsstand

Die überwiegende Mehrheit der Befragten (73 %) informiert sich nach eigenen Angaben gezielt über die aktuelle Situation in Bezug auf die Energieversorgung in Deutschland.

Je älter die Befragten, desto häufiger werden gezielt Informationen gesucht.

Gezielte Informationssuche in Bezug auf die Energieversorgung in Deutschland

		Es informieren sich gezielt über die aktuelle Situation in Bezug auf die Energieversorgung in Deutschland %
insgesamt		73
Männer		77
Frauen		69
18- bis 29-Jährige		56
30- bis 44-Jährige		63
45- bis 59-Jährige		77
60 Jahre und älter		84
Hauptschule		68
mittlerer Abschluss		71
Abitur, Studium		76
Haushaltsnettoeinkommen (in Euro):	unter 2.500	72
	2.500 bis unter 4.000	73
	4.000 oder mehr	75

Diejenigen Befragten, die sich nicht gezielt über die aktuelle Situation in Bezug auf die Energieversorgung in Deutschland informieren, wurden gebeten anzugeben, warum sie dies nicht tun.

Der am häufigsten genannte Grund (43 %) dafür ist, dass die Befragten bereits über genügend Informationen verfügen.

Rund jede/r Vierte (27 %) gibt an, dass ihn bzw. sie das Thema zu sehr belastet.

17 Prozent haben wenig bzw. kein Interesse daran.

Nur eine Minderheit (7 %) gibt an, nicht genau zu wissen, wo sie Informationen dazu finden kann.

26 Prozent nennen „sonstige Gründe“.

Gründe gegen eine gezielte Informationssuche

Es informieren sich nicht gezielt über die aktuelle Situation in Bezug auf die Energieversorgung in Deutschland, weil ...	insgesamt
	%
... sie bereits genügend Informationen haben	43
... sie das Thema zu sehr belastet	27
... sie wenig bzw. kein Interesse daran haben	17
... sie nicht genau wissen, wo sie Informationen dazu finden können	7
Sonstiges	26

Basis: Befragte, die sich nicht gezielt über die aktuelle Situation in Bezug auf die Energieversorgung in Deutschland informieren; Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

4 Zufriedenheit mit dem Krisenmanagement der Bundesregierung

Die Zufriedenheit mit dem Krisenmanagement der Bundesregierung im Zusammenhang mit der Energieversorgung fällt überaus gering aus: Lediglich ein Viertel (27 %) der Bürgerinnen und Bürger ist damit aktuell (sehr) zufrieden.

Die deutliche Mehrheit (71 %) ist hingegen mit dem bisherigen Krisenmanagement der Bundesregierung weniger bzw. gar nicht zufrieden.

Ostdeutsche, jüngere Befragte sowie Befragte mit geringem und mittlerem Einkommen sind häufiger weniger bzw. gar nicht zufrieden mit dem bisherigen Krisenmanagement der Bundesregierung im Zusammenhang mit der Energieversorgung als Westdeutsche, ältere Befragte und Befragte mit hohem Einkommen.

Zufriedenheit mit dem Krisenmanagement der Bundesregierung

Mit dem bisherigen Krisenmanagement der Bundesregierung im Zusammenhang mit der Energieversorgung sind

		sehr zufrieden	zufrieden	weniger zufrieden	gar nicht zufrieden
		%	%	%	%
insgesamt		2	25	37	34
Ost		0	16	31	52
West		2	26	38	31
Männer		3	26	30	40
Frauen		1	24	44	29
18- bis 29-Jährige		1	18	49	31
30- bis 44-Jährige		0	23	36	40
45- bis 59-Jährige		4	25	36	34
60 Jahre und älter		3	30	33	32
Hauptschule		4	27	28	40
mittlerer Abschluss		1	20	40	37
Abitur, Studium		2	27	37	33
Haushaltsnetto- einkommen (in Euro)	unter 2.500	2	23	41	31
	2.500 bis unter 4.000	2	19	36	43
	4.000 oder mehr	2	33	37	27
Kinder im Haushalt	ja	1	22	34	40
	nein	2	25	37	33

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“